



Regierungsratsbeschluss vom 12. November 2019

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme; Vernehmlassung

P191160

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD.

Begründung

Der Regierungsrat ist im Wesentlichen mit den vorgeschlagenen Anpassungen einverstanden, lehnt aber die Einführung eines bedingten Anspruchs auf Kantonswechsel für vorläufig Aufgenommene ab, weil dieser den Ermessensspielraum der Kantone unnötig einschränkt und ein beträchtliches Missbrauchspotential mit sich bringt. Er weist weiter auf die Bedeutung der Reisefreiheit von vorläufig Aufgenommenen in die Nachbarstaaten der Schweiz für die Integration hin.

